

Verbesserung der Rechte von Menschen mit Behinderung

Republik von Indonesien ratifiziert UN-Konvention

Tifa Asrianti

Das Repräsentantenhaus hat am 18. Oktober 2011 eine Konvention der UN für die Rechte von Menschen mit Behinderung ratifiziert – ein bedeutender Schritt auf dem Weg zur Verbesserung des Gemeinwohls für Menschen mit Behinderung.

Die Konvention schreibt unter anderem vor, dass die Regierung Maßnahmen zum Schutz behinderter Menschen vor unmenschlicher oder herabsetzender Behandlung, zur Gewährleistung von Mobilität, und zur Unterbindung von Diskriminierung im Bereich der Erwerbstätigkeit ergreifen soll.

Chairunnisa, stellvertretende Vorsitzende des Ministeriums für Soziales, rechnet nun damit, dass alle Akteure ein gleiches Maß an Interesse und Verständnis mitbringen, die Bedingungen auch durchzusetzen. So können sie die Leistungen für Menschen mit Handicap verbessern.

»Obwohl es bereits Gesetze gibt, die den Schutz für behinderte Personen gewährleisten sollen, ist die Realität weit von der Verwirklichung dieser entfernt. Es gibt viele Aspekte, die noch besser durchgesetzt werden müssen, wie zum Beispiel der Zugang zu angemessener Arbeit, die öffentlichen Dienstleistungen und die Gleichberechtigung«, sagte Chairunnisa.

Die Unterzeichnung erfolgte 2006. Indonesien war das neunte von 82 Ländern, das im Jahr 2007 unterschrieb. Trotz der frühen Verpflichtungserklärung hat es vier Jahre gebraucht, um die Konvention durch die Regierung zu genehmigen und Inkrafttreten zu lassen.

Chairunnisa sagte, dass die Ratifizierung strategische Aussagekraft hätte. Sie repräsentiere den Neubeginn für eine nationale Verfassungsreform, insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung der Rechte für behinderte Personen. Ihr zufolge gebe es drei wichtige Punkte, die hinsichtlich der Übertragung des Abkommens in die Verfassung zu beachten seien:

»Als Erstes muss gesetzgebende Rechtssicherheit für die Gewährleistung der Rechte für Menschen mit

Behinderung bestehen. Zweitens muss in allen Bereichen im Voraus geplant werden, von der Verfügbarkeit von Arbeitskräften zu Anlagen und Einrichtungen, bis zur Budgetvergabe. Letztlich muss bei allen Akteuren die Bereitschaft zur Umsetzung des Gesetzes bestehen«, so Chairunnisa.

Die Vorsteherin des »ASEAN General Election Network for Disability Access«, Yusdiana, ist der Meinung, ein neues Gesetz sei Ausgangspunkt dafür, solche umzuschreiben, die die Rechte von Menschen mit Behinderungen nicht genügend berücksichtigen, wie zum Beispiel das Transport-Gesetz. »Es gibt viele Vorschriften, die noch umgesetzt werden müssen. Ein Artikel aus der Gesetzesvorschrift für behinderte Menschen von 1997 fordert von einem Unternehmen, dass es von 100 Arbeitnehmern mindestens eine Person mit Behinderung einstellen soll. An diesem Ziel müssen wir noch arbeiten«, sagte sie.

Eine ähnliche Meinung vertritt der Sozialminister Salim Segaf al Jufri, der erklärte, dass sein Ministerium in absehbarer Zeit eine Durchsicht der Gesetzesvorschrift von 1997 beabsichtige.

»Wir wollen vom Service bis zum Schutz einen Paradigmenwechsel in der Verfassung einläuten«, äußerte Salim. Außenminister Marty Natalegawa forderte, dass das neue Gesetz unterstützende Ausführungsverordnungen brauche, unter anderem durch Regierungsbeschlüsse. Er ergänzte aber, dass die Regierung eine neue Gesetzesvorschrift ausdrücklich begrüßen würde. Das neue Gesetz drücke Indonesiens Bekenntnis zum Schutz der Menschenrechte aus, meinte er. »Sowie alle anderen Entwicklungsländer gehört die Kostenplanung zu den Herausforderungen, die Indonesien zu meistern hat. Mit der Verpflichtungserklärung der Regierung hoffen wir aber, das Ziel etappenweise zu erreichen«, so Marty.

Nachdem das Plenum zugestimmt hatte, das Abkommen in die Verfassung zu übertragen, sagte der Parlamentssprecher, dass auch der Wohnungsbau mit Einrichtungen für einen besseren Zugang für behinderte Menschen ausgerüstet werden müsse.

Die Autorin ist indonesische Journalistin. Sie schreibt u. a. für die Online-Ausgabe der Jakarta Post.

Der Original Artikel von Tifa Asrianti erschien am Mittwoch, den 19. Oktober 2011, in The Jakarta Post. Übersetzung aus dem Englischen von Thi Thuy-An Nguyen.